

Ständerat Beat Rieder fordert Schweizer Solaroffensive

Der Schweiz droht eine Stromlücke. Das Wallis hat viel Wasser und die höchste Sonnenscheindauer. Was machen wir daraus? Beat Rieder fordert Investitionsbeiträge für erneuerbare Energien. Das Wallis könnte massiv profitieren.

Armin Bregy

Geht den Schweizern bald das Licht aus? Droht der Strom-Blackout oder zumindest die viel zitierte Stromlücke? Szenarien wie diese kursieren derzeit in Bundesbern – und das nicht nur unter bürgerlichen Politikern. Auch das Bundesamt für Energie geht davon aus, dass es mit der Abschaltung der letzten Kernkraftwerke zu Engpässen kommen könnte. Insbesondere im Winter wird es der Schweiz an Strom fehlen.

Bereits heute muss die Schweiz in den Wintermonaten bis zu zehn Terawattstunden Strom aus dem Ausland importieren. Spätestens wenn der Atomausstieg vollzogen ist, wird es kompliziert. «Sogar sehr kompliziert», sagt Beat Rieder, Ständerat der «Mitte». Es handle sich gar um ein «energiepolitisches Minenfeld», sagt Rieder.

Doch der Mitte-Ständerat sieht in dieser schwierigen Ausgangslage auch eine Chance für den Kanton Wallis. Die Frage ist: Wird der Kanton bereit sein? Oder künftig im Dunkeln tappen?

Viel Energie fällt weg

Klar ist: Es braucht massive Investitionen in die Wasserkraft und die Fotovoltaik, um die drohende Stromlücke abwenden zu können. Bis 2035 fallen mit dem Ausstieg aus der Kernenergie 14 Terawattstunden der aktuellen Produktion weg. In den kommenden Jahren laufen zudem die Konzessionen vieler Wasserkraftwerke aus. Weil das Umweltrecht ausgebaut wurde, werden diese künftig deutlich weniger Strom produzieren. Rieder rechnet mit einer Min-

derproduktion von zwei bis vier Terawattstunden.

Das heisst: Um das derzeitige Niveau der inländischen Produktion halten zu können, müssen bis zu 18 Terawattstunden ersetzt werden. Rieder betont, dass es sich hier nicht um eine Zusatzproduktion handle, sondern um Ersatz der ausfallenden Energie. Hinzu kommt ein steigender Strombedarf von rund 25 Prozent bis 2050.

Rieder und die Energie-Anbauschlacht

Die Schweiz brauche schon fast eine Anbauschlacht à la Wahlen im Zweiten Weltkrieg für die Lebensmittelversorgung, diesmal jedoch für die Energieversorgung des Landes, sagt Rieder, ansonsten werde man in einen «Hammer laufen». Rieder steht mit dieser Meinung nicht alleine da. Auch die Bündner Konzessionsgemeinden sind überzeugt, dass in der Schweiz erneuerbare Energien mit aller Kraft gefördert werden müssen, damit die Schweizer Wirtschaft nicht schon bald im Winter wegen fehlenden Stroms kollabiert. «Dies auch vor dem Hintergrund der Elektrifizierung des Verkehrs und des Zubaus von Wärmepumpen. Die Fotovoltaik bietet auch eine grosse Zusatzchance für das Berggebiet», so das Votum aus dem Kanton Graubünden.

Die Politik hat diese Problematik erkannt und will handeln. Wie zuvor der Nationalrat hat am Montagabend auch der Ständerat beschlossen, neue Windenergie-, Biogas-, Kleinwasserkraft-, Geothermie- und Fotovoltaikanlagen ab 2023 bis 2030 mit einmaligen Investitionsbeiträgen zu fördern. Und Energieministerin Simonetta



Ständerat Beat Rieder und Amtskollegin Marianne Maret in Bundesbern. «Wir brauchen die Anlagen dort, wo die Sonne scheint.» Bild: Keystone

Sommaruga (SP) sagte, es sei wichtig, erste Schritte zu mehr Versorgungssicherheit einzuleiten.

Der Staatsrat ist gefordert

Doch welche Energiequellen sollte man unterstützen? Die Geothermie sei tot, die Windkraftanlagen höchst umstritten und die Gaskraftwerke nicht klimaneutral. Daher müsse man insbesondere Wasserkraft- und grosse Fotovoltaikanlagen fördern, ist Beat Rieder überzeugt. «Um die Ausbauziele bei der Fotovoltaik erreichen zu können, müssen sehr grosse Fotovoltaikanla-

gen, insbesondere in den Bergregionen, erstellt werden – dort, wo die Sonne auch im Winter scheint. Ansonsten schaffen wir die benötigten Produktionsmengen einfach nicht», so Rieder.

Das Grossprojekt in Gondo bezeichnet Rieder denn auch als «hervorragendes Beispiel». Im Grenzdorf wird derzeit das Projekt «Alpen Solar» diskutiert. Dieses könnte bis zu 340 Millionen Kilowattstunden produzieren. Rieder sagt, dass Grossanlagen eine Riesenchance für das Wallis seien, da sie insbesondere im Winter Strom produzieren. Die Förder-

gelder für die Projekte sollten laut Rieder 60 Prozent der Investitionskosten decken, im besten Fall sogar 80 Prozent. «Wenn wir solche Projekte wollen, müssen wir tief in die Tasche greifen.» Rieder konnte den Ständerat überzeugen. Am Montag folgt die Diskussion im Nationalrat.

Zwei Punkte sind klar: Erstens würde dieses Förderprogramm einen massiven Investitionsschub bei den erneuerbaren Energien auslösen. Zweitens sind Konflikte mit dem Umweltrecht vorprogrammiert.

Dies hat auch CVPO-Fraktionschef Aron Pfammatter er-

kannt. Er verlangt mittels Motion, die er letzte Woche zusammen mit Iwan Eyholzer eingereicht hat, dass der Walliser Staatsrat geeignete Standorte für grössere Freiflächenanlagen evaluiert und in der Nutzungsplanung berücksichtigt. Des Weiteren seien allfällige gesetzliche Anpassungen vorzunehmen, um den Bau von Freiflächenanlagen und alpinen Fotovoltaikanlagen zu fördern und voranzutreiben.

Die Devise ist klar: Der Kanton soll bereit sein, wenn das Investitionsprogramm in Bundesbern verabschiedet wird.